

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Haus- und Postbestellung 1,50 RM. Zusätzlich Beleggeld Einzelnummern 10 Kop. Alle Bestellungen und Abbestellungen unter Vorbehalt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruffer Tageblatt, Wilsdruff.

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. - Nachzahlungs-Gebühr 20 Pf. - Anzeigen, die nach dem Erscheinen der Zeitung nicht mehr abgeholt werden, sind als ungenutzt zu betrachten. - Anzeigen, die nach dem Erscheinen der Zeitung nicht mehr abgeholt werden, sind als ungenutzt zu betrachten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 245 - 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 19. Oktober 1934

Der Geist der neuen Steuerpolitik.

Wohl kein Volk hat so sehr wie das deutsche die Erfahrung durchmachen müssen, daß es für die Umkehrungen der Steuerfahne so etwas wie einen „toten Punkt“ oder, deutlicher gesagt, daß es einen Zustand gibt, bei dessen Vorhandensein die Steuerfahne einfach nicht mehr „fährt“, auch wenn man sie noch so oft und noch so nachdrücklich anzieht: Mehrerträge kommen nicht heraus. Denn mit dieser Steuerfahne wird, um mit Witzchen zu sprechen, die Henne losgeschlagen, die die goldenen Eier legt. Also die Wirtschaft, die aus ihrem Arbeitsertrag die Steuern aufzubringen hat!

Das ist jedem Steuertheoretiker wohl bekannt, denn schließlich ist die Besteuerung beinahe so alt wie die Menschheit selbst. Nur haben sich die Steuerpraktiker sehr oft gar nicht nach dieser sogenannten Theorie gerichtet! Man braucht z. B. nur zwei oder drei Jahre in Deutschland zurückzublicken, um sich an die Unzahl von Steuern zu erinnern, die damals bestanden und sich in schneller Folge vermehrten, — die eine immer höhere Belastung mit sich brachten, obwohl der Arbeitsertrag der Wirtschaft immer geringer wurde. Es gab in Deutschland Steuern, die dabei so wenig erbrachten, daß sie kaum die Kosten der Erhebung lohnten. Jemand hat in mühsamer Stunde einmal zusammengezählt, wieviel Reichs-, Landes- und Kommunalsteuern es in Deutschland überhaupt gibt: er kam auf die runde nette Zahl von sechs Duzend. Aber dabei waren die sogenannten „Abgaben“ noch nicht einmal eingerechnet! Der Name was das Beste an diesen Steuern, von denen allerdings der Steuerzahler selbst der Ansicht war, daß sie überhaupt nichts Gutes an sich hätten!

Das nationalsozialistische Regime hat einen großen Flecken gebraucht, um hier zunächst einmal den größten Keckheit hinauszujagen. Die enormen, auch finanziellen Anforderungen, die der neue Staatsaufbau verlangte, hätten eigentlich einer Steuererleichterung widersprechen müssen, wenn diese Erleichterung auch einen Rückgang der Staatseinnahmen herbeiführen würde. Aber ebenso wie mit der so oft enttäuschten Ansicht, daß Steuererhöhung auch staatliche Einnahmevermehrung bedeute, brach man mit der Befürchtung, daß Steuererleichterung unbedingt einen Rückgang der staatlichen Einnahmen veranlassen müsse. Man war vielmehr der Überzeugung, daß man „heuerlich“ die Henne pfleglicher behandeln solle, damit sie wieder die goldenen Eier legt. Diese Überzeugung wurde in die Tat, also in Steuererleichterungen, umgesetzt, und die Henne begann wieder zu legen. Zumal auch — was den Steuerzahler aus einer ganzen Anzahl von Gründen sozusagen sympathisch berührte — die steuerliche Neuordnung dafür sorgte, daß durch eine umfassende Vereinfachung des ganzen Steuersystems durchsichtiger und damit für den Steuerpflichtigen verständlicher wurde.

Ebenso aber wie diese Steuervereinfachung wirtschaftspolitisch von größter Bedeutung war, ist dies auch natürlich die vielfach verfügte Steuerherabsetzung. Nach beiden Richtungen hin hat eben nicht mehr „der Fiskus“ das entscheidende Wort zu sprechen, sondern die Wirtschaftspolitik. Adolf Hitler hat in seiner allerersten Regierungserklärung für seine steuerpolitischen Ideen und Absichten das Bild gebraucht, daß er die Steuer hineinfallen lasse, „in den Strom“ und nicht mehr, wie bisher, an die Quertle, weil sonst diese Quertle selbst zum Versäubern gebracht werden würde. Diese Umschichtung ist in vollem Gange, und das zeigt sich in den neuen Steuererlassen, die jetzt von dem Reichskabinett verabschiedet worden sind. Greifen wir willkürlich eine wirtschaftspolitische Bestimmung heraus: die Neuregelung der Umsatzsteuer für den Großhandel. Auch sie zeigt von Wagemut, denn die Umsatzsteuer und ihr Ertrag ist, fiskalisch gesehen, die stärkste Säule im Gebäude der Staatseinnahmen; denn von allen Steuern bringt sie den höchsten Ertrag. Nun wird die Umsatzsteuer für den Binnengroßhandel aus wirtschaftlichen Gründen herabgesetzt werden; denn so, wie sie bisher bestand, war sie wirtschaftlich ein großer Unfug, den eben auch die parlamentarische Unweisheit in Zeiten finanzieller Krise ausgeht hätte. Denn ein Großhändler, der ein eigenes Lager unterhält und vom Lager verkauft, mußte die hohe Umsatzsteuer bezahlen; der Großhändler aber, der nur als Kommissionär auf Abruf der Fabrik verkaufte, war umsatzsteuerfrei. Wirtschaftspolitisch war und ist es aber von allergrößter Wichtigkeit, daß im Interesse der Verbrauchsbedeutung und des Warenabflusses der Großhandel wieder zur Lagerhaltung und -auffüllung kommt, um seinen Aufgaben gerecht zu werden. Daber ist jetzt erstens eine radikale Steuerherabsetzung angeflündigt — von 2 auf 0,5 Prozent —, und zweitens gilt sie für den gesamten Großhandel, so daß die Kosten vermindert werden, die die Ware auf ihrem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher auf sich zu nehmen hat. Die Steuerpolitik hat nicht zuletzt auch wirtschaftspolitische Aufgaben!

Die Saar ist deutsch!

Der Saarbevollmächtigte Bürdel zur bevorstehenden Saarabstimmung

Auf der großen Saartagung in Kaiserslautern hielt der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, Bürdel, eine eindrucksvolle Rede, die von den Anwesenden mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde.

Bürdel wies zu Beginn seiner Ausführungen auf die Völkerversammlung in der Saar hin, die sich in der Hauptsache mit der Saardenschrift Barthons befassen werde und betonte, daß diese Tagung es notwendig mache zu den in der Saardenschrift aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Der Redner wandte sich dann mit Nachdruck gegen die Versuche der französischen Delegation, durch Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten die Saarabstimmung zu beeinflussen, wie es allein im Interesse der status-quo-Anhänger liege. Seit dem ersten Tag jener Verhandlungen in Versailles, bei denen das Saarproblem von der französischen Friedensdelegation in die Debatte geworfen wurde, habe es nur zwei Standpunkte in dieser Frage gegeben: den deutschen und den französischen.

Der deutsche Standpunkt ist der einfachste, denn er geht von den Grundsätzen des internationalen Völkerrechtes, von den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und nicht zuletzt von dem Sinn und Inhalt des Saarstatutes aus. Da es als eindeutig erwiesen gilt, daß an der Saar nur deutsche Menschen wohnen, ist für Deutschland die bedingungslose Rückgliederung des deutschen Saarlandes eine natle Selbstverständlichkeit.

Wesentlich komplizierter ist der französische Standpunkt gegenüber der Saar. Die Erlindung der nicht vorhandenen 150 000 Saarfranzosen, hinter der sich gewisse wirtschaftsimperalistische Interessen verborgen, hat in den Kreisen französischer Politiker den Wunsch laut werden lassen, mit allen Mitteln die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland zu verhindern. In den ersten Jahren nach der Errichtung des Saargebietes unternahm Frankreich den Versuch, Stimmung für den Anschluß des Saargebietes an Frankreich zu machen. Naturnotwendig mußten alle diese Versuche der französischen Propaganda an der nationalen Unverletzlichkeit der rein deutschen Bevölkerung scheitern.

Inzwischen hat es die französische Politik für richtig gehalten, die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dazu zu benutzen, ihrer Saarpolitik eine andere Richtung zu geben, d. h. die französische Propaganda auf die Errichtung eines endgültigen status quo zu konzentrieren.

Bürdel setzte sich dann eingehend mit den Anhängern des status quo auseinander, die nicht gegen Deutschland sondern gegen die deutsche Regierung kämpfen, also den Sinn der Abstimmung verfluchen, indem sie die Saarabstimmung zu einer Abstimmung über das gegenwärtige deutsche Regierungssystem machen. Die Sinnwidrigkeit dieser status-quo-Deutung wird von Tag zu Tag durchsichtiger. Um von ihren Anhängern überhaupt noch ernstgenommen zu werden, verlangen die status-quo-Parteien die sogenannte zweite Abstimmung.

Eine zweite Abstimmung aber widerspricht dem Vertrag, widerspricht im Grunde sogar den französischen Absichten und wird niemals möglich sein. Niemals war es die Absicht der Versailler Konferenz, die Zukunft des Saargebietes von der zufälligen innerpolitischen Situation in Deutschland oder Frankreich abhängig zu machen. Deutschland erwartet daher vom Völkerverbund eine eindeutige Klärstellung, die jede Verschiebung der Fragestellung auf ein innerpolitisches Weis ausschließt und die gleichzeitig jedem Abstimmenden zur Kenntnis bringt, daß diese Abstimmung ein für alle mal endgültig ist, weil eine zweite Abstimmung gegen den Versailler Vertrag verstößt und theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.

Ein status-quo-Saargebiet, betonte Gauleiter Bürdel, mit Nachdruck, ist nicht nur das Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung, es wäre nicht zuletzt ein ständiger Gefahrenherd für die nationalpolitische Einheit der französischen Nation selber. Anhänger des status quo sind in der Hauptsache die aus Deutschland ausgewanderten marxistischen und kommunistischen Führer; sie erstreben ein Aktionszentrum im Herzen Europas! Sie erstreben ein sicheres Asyl, von dem aus sie die beiden Nachbar-

völker mit ihren internationalen kommunistisch-marxistischen Ideen versuchen möchten.

Ein status-quo-Saargebiet, das wäre nicht der Sieg Frankreichs über Deutschland, das wäre der Sieg des internationalen Volksempfindens über alle europäischen Staaten, die als völkische und nationale Einheiten im Internationalismus der Kommunisten den Todfeind ihrer Staatsverbände sehen.

Denn das eine muß auch jedem Franzosen zu denken geben: Zum allerersten Mal in der Geschichte des Kommunismus haben sich die Zweite und Dritte Internationale zusammengeschlossen. Nicht aus Liebe zu Frankreich, nicht aus Liebe zu Deutschland, nicht aus Liebe zur Zweiten Internationale, sondern einzig und allein um ein staatenloses Aktionszentrum im Herzen Europas zu gründen — gegen Westeuropa! So gewinnt das Saarproblem für die künftige Entwicklung Europas doppelte Bedeutung: Es ist entscheidend für das deutsch-französische Verhältnis der Zukunft, es könnte sogar entscheidend werden für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs.

Gauleiter Bürdel schloß: Die Saarabstimmung wird zum Rechenschaftsbericht an der Geschichte über die Qualität unseres Volkes. Wer seinen deutschen Brüdern statt mit „Deutschland“ mit „Frei-Saar“ antwortet, der möge es vor seinen Kindern und seinem Gewissen verantworten. Die Fronten stehen klar: Hier Deutsche und dort Nichtdeutsche, die aber auch keine Franzosen sind, sondern jene Entwurfskisten, die um die dreißig Silberlinge sich schlagen. Drinnen im Schacht aber liegt mit der Grabenlampe in der Hand einer, der trägt noch jenen alten Soldatenführer, auf dem steht: „Gott mit Uns! In Treue steht!“ und das ist unser Deutschland!

Sozialismus der Tat: der Volksempfänger

Von Reichsfeldleiter Eugen Hadamovsky

In der Wirtschaft setzte sofort nach dem 30. Januar 1933 das Bemühen ein, die Revolution auf ein Gebiet der bloßen Propaganda abzuliefern, wo man sie für unschädlich hielt. Der Versuch allein zeigt, wie vollständig Begriff und Wesen der Propaganda von denjenigen verkannt wurde, die ihn unternahm: sie übersahen, daß Propaganda an sich Politik ist, und daß sie als aktive Lebensformende und gestaltende Kraft wirkt. In Verknüpfung des Wesens der Propaganda glaubte man in gewissen Wirtschaftskreisen, man könne die Urkraft der Revolution ablenken und die Revolutionsentwicklung für die bestehenden Zustände und Gepflogenheiten belanglos machen.

In der Wirtschaftsgeschichte des Jahres 1933 wird wenig Erfolge und Siege geben, die so schwer erkämpft worden sind wie der große Rundfunkpolitische und wirtschaftspolitische Sieg, der sich an den Namen des „RG 301“ und an die Tatsache des damit erzielten Rundfunkerzweckes von einer Million in dreizehn Monaten knüpft.

Nach dem 30. Januar 1933 war eigentlich jeder „RG 301“, der von einem deutschen Volksgenossen gekauft worden war, ein Stück Verwirklichung sozialistischer Wirtschaftrevolution. Er mußte deshalb Schritt für Schritt der Wirtschaftsreaktion und dem Wirtschaftskrisenabsterben abgerungen werden; hier war harte sozialistische Wirklichkeitsarbeit zu leisten.

Der Volksempfänger konnte dem deutschen Volk nicht geschenkt werden, denn von seiner Produktion sollten fünfzig Firmen der Funkindustrie, Tausende von mittelständischen Existenzen im Funkhandel und Zehntausende von Arbeitern in den Fabriken leben und Lohn erhalten. Aber es gelang, durch die Produktion von 700 000 Volksempfängern im ersten Jahr den Durchschnittspreis eines Rundfunkapparates in Deutschland um die Hälfte von etwa 150 Mark auf 76 Mark zu senken und damit fast dreiviertel Millionen Volksgenossen allein durch den Volksempfänger die Anschaffung des Rundfunks zu ermöglichen.

Mesmacher, Kritiker und Saboteure prophezeiten den Untergang der Funkwirtschaft durch den Volksempfänger; das Ergebnis ist heute eine Steigerung der Umsatzziffern. Der Volksempfänger hat sich als eine der größten Wirtschaftstaten nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeistes erwiesen und ist für die ganze Welt vorbildlich geworden.

Die Gemeinschaftstat des Volksempfängers wurde möglich durch die von der nationalsozialistischen Rundfunkführung verwirklichte Rundfunkeinheit, die von den organisierten Hörern über die Sendegesellschaften bis zur Funkindustrie und zum Funkhandel reicht.

Das ist, wie gesagt, nur ein Beispiel für den Geist, der die neue Steuerpolitik im nationalsozialistischen Deutschland lenkt. Freilich muß auch hier gesagt werden, daß dieser Geist nun das bisherige ganze Steuersystem nicht von heute auf morgen umstellen kann. Kommt es schließlich auch nicht an einem Tage erbaud worden!